



Indonesien



Indonesien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:
246,9 Millionen	Muslime: 87% Christen: 10% Sonstige: 3%

Größte muslimische Nation der Welt

Indonesien ist das größte muslimische Land der Erde. Fast 90 Prozent der rund 240 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Trotzdem ist der Islam nicht als Staatsreligion festgelegt.

Indonesien ist ein Inselstaat mit rund 6000 bewohnten Inseln und einer großen ethnischen Vielfalt. Man zählt über 300 verschiedene Volksgruppen. Um dem Vielvölkerstaat eine gemeinsame identitätsstiftende Grundlage zu geben, wurden in der Präambel der Verfassung „fünf Prinzipien“ (Pancasila in Sanskrit) für den nationalen Zusammenhalt bestimmt: (1) Glaube an den einen und einzigen Gott, (2) Achtung der Menschenwürde, (3) nationale Einheit, (4) Demokratie und (5) soziale Gerechtigkeit.

Seit 1998 ist Indonesien eine Demokratie, nachdem es zuvor von autokratischen Regierungen beherrscht wurde. Indonesien ist damit einer der wenigen demokratischen muslimischen Staaten. Zwei große Herausforderungen gefährden allerdings die bisherige demokratische Entwicklung in Indonesien: verbreitete Korruption in Politik und Wirtschaft und wachsende Intoleranz in religiösen Dingen. Im Oktober 2014 hat eine neue Regierung die Amtsgeschäfte übernommen. Der neue Präsident, Joko Widodo, gilt als Reformler und will die Korruption bekämpfen. Auch will er etwas gegen die verbreitete Diskriminierung religiöser Minderheiten unternehmen.

In der Verfassung wird Religionsfreiheit garantiert. Durch das Ministerium für religiöse Angelegenheiten sind sechs Religionsgemeinschaften von staatlicher Seite offiziell anerkannt: Islam, Katholische Kirche, Protestantische Kirche, Buddhismus, Hinduismus und Konfuzianismus. Andere Religionsgemeinschaften können sich beim Ministerium für Kultur und Tourismus als soziale Organisation registrieren lassen.



Bis vor kurzem waren die Bürger Indonesiens noch verpflichtet, in ihren Ausweispapieren ihre Religionszugehörigkeit anzugeben. Allerdings standen dafür nur die sechs offiziell anerkannten Religionen zur Auswahl. Im Januar 2014 forderte der Vize-Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, die Angabe der Religion auf dem Personalausweis zu entfernen. Aus Sicht des christlichen Politikers sei dies ein Schritt zu mehr Toleranz und größerer Religionsfreiheit. Befürworter der Pflicht zur Religionsangabe in Pässen wollen damit vor allem interreligiöse Hochzeiten verhindern. Unter dem neuen Präsidenten Joko Widodo wurde die Vorschrift geändert. Die Angabe der Religionszugehörigkeit im Personalausweis ist jetzt freiwillig.

Einzig die Provinz Aceh hat aufgrund staatlicher Gesetzgebung die Erlaubnis erhalten, das Scharia-Recht einzuführen und verfügt auch sonst über weitreichende Sonderautonomierechte. Aceh liegt im äußersten Nordwesten Indonesiens. Hier hat der Islam schon sehr früh Fuß gefasst, möglicherweise schon im achten Jahrhundert. Der Islam hat hier eine längere Tradition als in den anderen Teilen Indonesiens, und es herrscht eine deutlich konservativere Strömung des Islam als im restlichen Indonesien.

Zunehmender Radikalismus

Indonesiens lange Tradition des religiösen Pluralismus und der Harmonie ist zunehmend gefährdet, religiöse Intoleranz breitet sich aus, angetrieben vom radikalen Islamismus. Die Anschläge auf Kirchen nehmen zu, immer mehr Kirchen sind gezwungen, ihre Türen verschlossen zu halten. Andere Glaubensgemeinschaften, wie die Ahmadi und die Schiiten innerhalb des Islam, aber auch die Buddhisten, die Hindus, die Bahai, die Anhänger des Konfuzianismus, der einheimischen traditionellen Religionen und die fortschrittlichen sunnitischen Muslime, die gegen die Intoleranz sind, sind vermehrt mit Drangsalierungen und Gewalt konfrontiert. Die Verurteilung eines Atheisten, Alexander Aan, der erklärt hatte, nicht an Gott zu glauben, zu zweieinhalb Jahren Haft, zeigt den zunehmenden Einfluss des islamischen Extremismus auf Teile der indonesischen Gesellschaft.

Protest gegen eine Preisverleihung

Am 30. Mai 2013 verlieh die Stiftung „Appeal of Conscience Foundation“ in



Indonesien

New York dem damaligen indonesischen Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono den „World Statesman Award“ für Verdienste um die Religionsfreiheit. Die Verleihung der Auszeichnung wurde in Indonesien mit Empörung und Unverständnis aufgenommen. Es wurde eine Petition eingereicht, die 8396 Menschen unterzeichnet hatten, um gegen die Auszeichnung zu protestieren. Vor dem Amtssitz des Staatspräsidenten zogen Demonstranten auf, zahlreiche indonesische Organisationen, einschließlich des Instituts für den Interreligiösen Dialog in Indonesien (Interfidei), schrieben an Rabbi Arthur Schneier, den Gründer und Vorsitzenden von „Appeal of Conscience Foundation“.

Bezeichnend ist wohl ein offener Brief an die Stiftung „Appeal of Conscience Foundation“, den Pater Franz Magnis-Suseno SJ veröffentlicht hat, ein angesehenes katholischer Priester und Professor für Philosophie an der Driyarkara School for Philosophy, Universitas Indonesia in Jakarta. Der Jesuit schreibt darin:

„In Indonesien wurde bekannt, dass Sie den diesjährigen Preis ‚World Statesman Award‘ unserem Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhyono für seine Verdienste um die religiöse Toleranz verleihen wollen. Das ist eine Schande, eine Schande für Sie. Es beeinträchtigt jede Glaubwürdigkeit, die Sie als Institution mit ethischen Zielen beanspruchen können. Wie können Sie so einen Entschluss fassen, ohne jemanden in Indonesien zu fragen, der die Situation kennt? Wissen Sie nicht, mit welchen Schwierigkeiten sich Christen konfrontiert sehen, wenn sie neue Gebetsstätten eröffnen wollen, wie viele Kirchen geschlossen werden, wie viele Bestimmungen eingeführt werden, die den Minderheiten das Praktizieren ihres Glaubens erschweren, und wie oft es an der Basis zu Intoleranz kommt? Und vor allem: Haben Sie nie etwas über die beschämenden und gefährlichen Verhaltensweisen radikaler religiöser Gruppen gegen sogenannte ‚Abtrünnige‘ wie die muslimischen Ahmadi-Gemeinden oder Schiiten gehört? Hunderte ihrer Anhänger sind unter der Regierung von Susilo Bambang Yudhoyono aus ihren Häusern vertrieben worden. Mit der Verleihung spielen Sie den radikalen Extremisten in die Hände – noch sind es wenige –, die Indonesien von all dem befreien wollen, was sie als Häresie und Unglauben betrachten.“



Ursachen zunehmender Intoleranz

Es sind mehrere Faktoren, die zu einer Zunahme religiöser Intoleranz führen. Die weitverbreitete Korruption in der politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht des Landes führt zu Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung. Der Ruf nach einem strengeren Islam ist verbunden mit der Hoffnung auf mehr Ehrlichkeit und Gerechtigkeit in der Führung des Landes. Vor allem in der Provinz Aceh gibt es besonders viele Anhänger einer konservativen und strengen Auslegung des Islam.

In Bildung und Erziehung werden zunehmend intolerante Sichtweisen vermittelt. In den Koranschulen, islamischen Privatschulen und Internaten, in den Universitäten, aber auch in vielen Moscheen wird zunehmend ein konservativer Islam gelehrt. Das beeinflusst das Klima in der Gesellschaft. Die Verbreitung islamistischer Ideen wird aus dem Nahen Osten gefördert, zum Beispiel durch die Finanzierung von Studien in Saudi-Arabien und im Jemen oder die Veröffentlichung und Verteilung islamistischer Literatur.

Zunehmende Gewalt

Hinter vielen Gewaltakten gegenüber religiösen Minderheiten oder vom orthodoxen sunnitischen Islam abweichenden Glaubensgemeinschaften stehen islamistische Selbstschutzorganisationen wie die „Front Pembela Islam“ (FPI, engl. „Islamic Defenders Front“, Front zur Verteidigung des Islam), die ungestraft Attentate auf Kirchen, Ahmadi-Moscheen, schiitische Gemeinden und andere Ziele verüben.

Verantwortung der Regierung

Auch die indonesische Regierung unter Präsident Susilo Bambang Yudhono hat zu einer Situation beigetragen, in der religiöse Intoleranz wachsen konnte. Erstens durch die Einführung von diskriminierenden Bestimmungen, etwa die „Gemeinsame Regelung über Gotteshäuser“ aus dem Jahr 2006 oder den Gemeinsamen Erlass aus dem Jahr 2008, der die Aktivitäten der Ahmadiyya-Gemeinschaft einschränkt. Laut Aussage von Dr. Musdah Mulia, dem Vorsitzenden der Indonesischen Konferenz für Religionen und Frieden, gibt es mindestens 147 „diskriminierende Gesetze und staatliche Bestimmungen im



Indonesien

religiösen Bereich“. Er ist der Meinung: „Solange es gestattet ist, dass diese Gesetze Anwendung finden, wird es in der Gesellschaft stets ein starkes Potenzial für Gewalt geben. Es besteht der Bedarf nach Reformen und der Schaffung neuer Gesetze, die sich den Anforderungen der Menschenrechte, der Grundsätze der Demokratie, der Toleranz und des Pluralismus besser anpassen.“

Zweitens gab es auch aus den Reihen dieser Regierung öffentliche Äußerungen, die zu einer konservativen Auslegung der islamischen Lehre aufriefen. Gegenüber dem „Obersten Rat der islamischen Religionsgelehrten“ (Majelis Ulama Indonesia, „MUI“) hielt Staatspräsident Yudhoyono im Jahr 2005, kurz nach seinem ersten Wahlsieg, eine Rede und versprach dem MUI eine „zentrale Rolle“ in den politischen Entscheidungen in religiösen Angelegenheiten. In einer anderen Rede aus dem Jahr 2007 versprach der Staatspräsident, dass nach Verkündung einer Fatwa oder eines religiösen Erlasses durch den MUI „die Instrumente des Staats ihre Pflicht erfüllen können. Wir alle müssen strenge Maßnahmen gegen abweichende Glaubensmeinungen ergreifen.“ Der Minister für Religiöse Angelegenheiten deutete an, dass die Christen selbst für ihre Verfolgung verantwortlich seien, da sie gegen die Schließung von Kirchen protestiert hätten. Auch sprach er sich wiederholt für ein komplettes Verbot der Ahmadiyya aus. 2013 bezeichnete er den interreligiösen Konflikt als „einen normalen Zug der menschlichen Natur“.

Drittens gibt es Defizite in der Strafverfolgung. Diejenigen, die Gewalt gegen religiöse Minderheiten verüben, werden oft nicht zur Rechenschaft gezogen.

Gewalt gegen die christliche Minderheit

Nach Angabe des „Jakarta Christian Communication Forum“ gab es im Jahr 2012 75 Anschläge auf christliche Kirchen. Für das Jahr 2009 registrierte die Organisation zehn derartige Vorfälle, dann 47 Anschläge im Jahr 2010 und 64 Anschläge im Jahr 2011. Es ist also eine zunehmende Tendenz zu beobachten.

Der indonesische Kirchenbund berichtete, dass seit 2004 mindestens 430 Kirchen angegriffen, geschlossen oder in Brand gesteckt worden sind.



Kirchengemeinden stoßen häufiger auf Schwierigkeiten, wenn sie sich bemühen, Baugenehmigungen für die Errichtung von Kirchen zu erhalten. So dauerte es zum Beispiel 23 Jahre, bis die Baugenehmigung zur Errichtung der St.-Bernadette-Kirche in Tangerang, West-Java, bewilligt wurde. Die Pfarrgemeinde erhielt schwere Drohungen von Extremisten, die gegen den Bau protestierten. Auf ähnliche Weise wurde die katholische Frieden-Christi-Gemeinde in Kampung Diri, einem Vorort von Jakarta, mit Drohungen und Demonstrationen konfrontiert, auf denen die Schließung der Gemeindekirche gefordert wurde.

Besonders schwierig ist die Lage in der Provinz Aceh im Norden der Insel Sumatra. Im Mai 2012 wurden 17 Kirchen auf staatliche Anweisung geschlossen, im Oktober 2012 wurden weitere neun Kirchen und fünf Buddhistische Tempel behördlich geschlossen, weil sie angeblich nicht die erforderlichen Genehmigungen hatten. Der Generalsekretär der Kommission „Religionen für den Frieden“ in Indonesien, Theophilus Bela, sprach von einem „Akt der Intoleranz“. Die Priester der geschlossenen Kirchen seien in Anwesenheit radikaler Islamisten gezwungen worden, eine Einverständniserklärung zu unterschreiben. Im April 2012 wurde Zaini Abdullah zum Gouverneur der Provinz Aceh gewählt. Er vertritt sehr konservative islamische Ansichten. Im Dezember 2013 unterzeichnete er eine Verordnung, nach der auch Nicht-Muslime in Aceh die Regeln der Scharia befolgen müssen. Die Zentralregierung in Jakarta hat dagegen jedoch ein Veto eingelegt und verhindert vorläufig die Umsetzung der Verordnung. Der Anteil der Christen liegt in der Provinz Aceh bei etwa 1,2 Prozent. Viele gehören der chinesischstämmigen Minderheit an. Die Zahl der Christen steigt aber. Dennoch werden keine Genehmigungen für den Bau neuer Kirchen erteilt.

Im Dezember 2013 erließ die „Ulema Consultative Assembly“, die beratende Versammlung der islamischen Religionsgelehrten, eine Verordnung, mit der den Muslimen in Banda Aceh verboten wurde, ihren christlichen Landsleuten Weihnachtsgrüße zu übermitteln oder das christliche Neujahrsfest mitzufeiern. Demonstranten versammelten sich vor den öffentlichen Amtsgebäuden und forderten gar das Verbot christlicher Feierlichkeiten.

Im November 2014 meldete die Nachrichtenagentur Asia News, dass islamistische Extremisten in der Provinz Jawa Barat damit gedroht hätten,



Indonesien

christliche Gotteshäuser niederzubrennen, wenn dort weiterhin Gottesdienste gefeiert würden. Anhänger der „Islamic Defenders Front“ (FPI) und anderer Gruppen hätten bereits eine evangelische Gemeinde angegriffen und die Sonntagsmesse der katholischen Gemeinde in Cinunuk massiv gestört. Laut Asia News entwickelt sich Indonesien zu einem Zentrum des Islamismus in der Asien-Pazifik-Region.

Gewalt gegen andere religiöse Minderheiten

Auch andere religiöse Minderheiten in Indonesien sind zuweilen Ziel ernster Attacken und Verfolgungen, darunter vor allem die islamische Ahmadiyya-Gemeinschaft und Gemeinden der schiitischen Glaubensrichtung.

2013 wurde eine schiitische Moschee in Bekasi geschlossen und versiegelt. Etwa 20 Ahmadis beschlossen, auf dem Gelände der Moschee zu bleiben, um sie vor der Zerstörung zu bewahren. Drei Moscheen in Cianjur, West-Java, wurden im April 2013 geschlossen und Ahmadis, die in der Gegend wohnten, erhielten Morddrohungen. Am 5. Mai 2013 griff eine Gruppe von 200 Menschen die Ahmadi-Gemeinde in Tasikmalaya, West-Java, an.

Die Gewalttätigkeit gegen die Ahmadiyya-Gemeinschaft hat stark zugenommen, in den vergangenen Jahren gab es Angriffe auf Ahmadis in Lombok, Cikeusik, Cisalada und anderen Orten.

Auch Buddhisten waren Ziel von Angriffen, vor allem 2013 als Gegenschlag auf die Verfolgung von Muslimen in Myanmar. Radikale Islamisten verübten eine Reihe von Attentaten auf buddhistische Tempel in Indonesien als Antwort auf die anti-muslimische Gewalt in Myanmar.

Im April 2014 veröffentlichte eine „Nationale Allianz gegen Schiiten“ eine Resolution, in der sie das sofortige Verbot der Lehre der schiitischen Glaubensgemeinschaft forderten. Die Resolution wurde vor einer Moschee in Bandung öffentlich verkündet. Rund eintausend Anhänger des sunnitischen Islam sollen die Resolution unterzeichnet haben, darunter auch namhafte islamische Geistliche.

Im August 2014 kündigten indonesische Anhänger des „Islamischen Staates“



im Internet über ihre Facebook-Seite an, sie wollten das wichtigste Heiligtum der Buddhisten in Indonesien, den Tempel Borobudur, zerstören, eine der größten buddhistischen Tempelanlagen Südostasiens. Der Tempel ist von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt.

Im Januar 2015 berichtete die Nachrichtenagentur Asia News über eine neue Gewaltwelle mit islamistischem Hintergrund auf der Insel Sulawesi rund um die Stadt Poso. Im Jahr 2001 war es nach jahrelangen Spannungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und protestantischen Christen zu einem Friedensvertrag gekommen. Nun schein die Lage erneut zu eskalieren. Es sei zu Entführungen, Morden und barbarischen Verstümmelungen gekommen.

Positive Entwicklungen

Es gibt aber auch positive Entwicklungen in Indonesien. Im Januar 2014 sind auf Initiative der indonesischen Regierung unter Präsident Susilo Bambang Yudhono und der Religionsgemeinschaften zehntausende Menschen für mehr religiöse Toleranz auf die Straßen gegangen. Am „Tag der religiösen Harmonie“ demonstrierten allein in der Hauptstadt Jakarta rund 70 000 Menschen. Absicht der Regierung war es, mit diesen Kundgebungen ein Zeichen gegen die zunehmende Gewalt gegen religiöse Minderheiten zu setzen.

Im Oktober 2014 verkündete der Religionsminister der neuen Regierung unter Präsident Joko Widodo, Lukman Hakim Saifuddin, er wolle die Religionsfreiheit in Indonesien fördern. Es solle ein Gesetz zum Schutz aller religiösen Gruppen erarbeitet werden, einschließlich jener außerhalb der sechs offiziellen Religionen. Lukman Hakim Saifuddin gilt als moderater islamischer Politiker.

Im April 2015 wurde bekannt gegeben, dass der staatliche Radiosender RRI zukünftig auch Sendungen von Radio Vatikan übernehmen und ausstrahlen wolle. Ein entsprechendes Abkommen wurde in Rom am Sitz von Radio Vatikan unterzeichnet und gilt als historisch bedeutsam. Mit dieser Zusammenarbeit soll das friedliche Zusammenleben der Religionen und Kulturen in Indonesien gefördert werden. Im Dezember 2014 hatte der indonesische Staatssender erstmals die Weihnachtsmesse aus dem Vatikan übertragen.



Indonesien

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Februar 2013: In der indonesischen Hauptstadt Jakarta trafen sich rund 140 muslimische und christliche Vertreter aus 16 Staaten, um über das Problem der interreligiösen Gewalt in Asien zu beraten. Die „Konferenz der religiösen Verantwortlichen der Muslime und Christen in Asien“ wurde 2009 gegründet.

März 2013: In der Hauptstadt Jakarta forderten Christen einen besseren Schutz der Religionsfreiheit. Dazu errichteten sie vor dem Präsidentenpalast ein meterhohes Osterei und feierten dort einen Gottesdienst. Das mit buntem Papier geschmückte Ei enthielt die Bitte an Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, die Rechte aller Bürger ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit zu schützen. An der Gebetsaktion beteiligten sich Vertreter unterschiedlicher christlicher Konfessionen. Sie wollten die Aktion so lange fortsetzen, wie die Diskriminierung durch die muslimische Bevölkerungsmehrheit und Kirchenschließungen andauerten.

August 2013: Auf eine katholische Schule in Tebet im Süden von Jakarta wurde ein Brandanschlag verübt. Zwei mit Benzin gefüllte Flaschen waren auf das Gebäude geworfen worden, verursachten aber zum Glück keinen Schaden. Der Erzbischof von Jakarta, Ignatius Suharyo Hardjoatmodjo, forderte daraufhin bessere Sicherheitsvorkehrungen für kirchliche Einrichtungen.

August 2013: Nach einer achttägigen Reise durch Indonesien äußerte der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Ludwig Schick aus Bamberg, seine Sorge über eine zunehmende Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten in Indonesien. Zwar gebe es keine Christenverfolgung in Indonesien, aber die Anzahl von tödlichen und zerstörerischen Übergriffen auf Christen und kleinere Religionsgemeinschaften nehme zu, so der Bischof.

Oktober 2013: Etwa 200 militante Anhänger der „Islamic Defenders Front“ protestierten gegen den Bau der Sankt-Bernadette-Kirche 25 km von der Hauptstadt Jakarta entfernt. Der Pfarrer der zukünftigen Kirche sagte laut dem Nachrichtendienst Fides, dass mit dem Bau schon am 11. September hätte begonnen werden sollen. Aus Angst vor islamistischen Anschlägen sei aber



bis jetzt noch nichts geschehen. Die Kirche soll planmäßig Platz für 11 000 Gläubige bieten.

Dezember 2013: Präsident Susilo Bambang Yudhoyono warnte vor Gewalt an den Weihnachtstagen. Erhöhte Wachsamkeit sei erforderlich, weil fundamentalistische Gruppen Anschläge auf Christen verüben könnten. Der Präsident ordnete an, dass Polizei und Sicherheitskräfte Kirchen und Gebetsstätten stärker schützen sollten.

Dezember 2013: In der Provinz Aceh im äußersten Nordwesten von Indonesien demonstrierten Muslime gegen Weihnachts- und Neujahrsfeiern. Sie forderten ein Verbot christlicher Feierlichkeiten, weil der Islam solche nicht erlaube. Einige Tage zuvor hatte der Verband islamischer Religionsgelehrter „Ulema Consultative Assembly“ in Banda Aceh Muslimen verboten, Weihnachtsgrüße zu übermitteln oder Neujahr zu feiern.

Dezember 2013: Bei einer staatlichen Weihnachtsfeier rief der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono die Indonesier zum Widerstand gegen religiösen Extremismus auf. „Jeder moralische und gesellschaftliche Führer in diesem Land muss extremes und radikales Verhalten zurückweisen und verhindern“, so der Präsident laut indonesischen Medien. Traditionell findet die Weihnachtsfeier der indonesischen Regierung aus Rücksicht auf die konservativen Muslime zwei Tage nach Weihnachten statt.

Januar 2014: Der Vize-Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, schlug vor, auf dem Personalausweis nicht länger die Religionszugehörigkeit anzugeben. Dadurch könne religiöse Diskriminierung eingedämmt und die Religionsfreiheit in Indonesien gefördert werden. Bislang musste jeder Staatsbürger auf seinem Pass seine Religionszugehörigkeit angeben. Dabei hatte er die Wahl zwischen den sechs anerkannten Religionen Islam, Hinduismus, Buddhismus, Konfuzianismus, katholische und evangelische Kirche.

Juni 2014: Im Bezirk Cianjur in der Provinz West-Java wurden sieben protestantische Kirchengebäude auf Anordnung der Behörden geschlossen. Angeblich soll es bei den Baugenehmigungen Unregelmäßigkeiten gegeben haben. Zuvor hatten radikale islamistische Gruppen Druck auf die Behörden



Indonesien

ausgeübt. Die Kirchengemeinde hatte nun keinen Raum mehr für Gottesdienste. Einige Mitglieder der Gemeinde zogen um, weil sie sich nicht mehr sicher fühlten. Der Bau von christlichen Kirchen ist in Indonesien ein komplizierter und langwieriger Prozess. Es kann fünf bis zehn Jahre dauern, bis alle erforderlichen Genehmigungen vorliegen. Vor allem muss auch eine bestimmte Mindestzahl von muslimischen Anwohnern den Bau einer Kirche befürworten. Auch der lokale Rat für den Interreligiösen Dialog muss dem Vorhaben zustimmen. Selbst wenn alle regulären Genehmigungen erteilt wurden, kann immer noch aus nicht näher genannten Gründen ein Einspruch der Behörden erfolgen, was den Baustopp zur Folge hat. Oft geschieht dies, wenn aus der muslimischen Gemeinschaft Einspruch erhoben wird oder von radikalen islamistischen Gruppen Drohungen ausgesprochen werden.

Juni 2014: Im Bezirk Bireuen in der Provinz Aceh wurden ein evangelischer Pastor und drei seiner Mitarbeiter verhaftet. Ihnen wurde Proselytenmacherei vorgeworfen, sie sollen Muslime zum Christentum bekehrt haben. Eine muslimische Familie hatte den Pastor angezeigt, weil er angeblich ein Mitglied der Familie zum Christentum bekehrt und dann getauft hatte. Die Polizei hatte bei dem Pastor christliche Literatur in der Ortssprache gefunden, was als Beweis für die Anschuldigung gewertet wurde.

November 2014: In der indonesischen Provinz Jawa Barat (West-Java) drohten islamische Extremisten mit der Niederbrennung von christlichen Gotteshäusern, falls dort weiterhin Gottesdienste gefeiert würden. Wie die Nachrichtenagentur Asia News berichtete, hatten unter anderem Extremisten der „Islamic Defenders Front“ (FPI) eine evangelische Gemeinde angegriffen und die Sonntagsmesse der katholischen Gemeinde in dem Ort Cinunuk massiv gestört.

Dezember 2014: In Jatinangor in der Provinz Java wurde eine Kirche durch eine Sondergenehmigung für den Weihnachtsgottesdienst wieder eröffnet. Zuvor war sie auf Anordnung der Behörden geschlossen gewesen. Die Weihnachtsfeier nach dem Weihnachtsgottesdienst wurde aber durch etwa zwanzig Anhänger der radikal-islamischen Bewegung „Front Pembela Islam“ (FPI) (Islamic Defenders Front bzw. Front zur Verteidigung des Islam) massiv gestört. Sie riefen anti-christliche Parolen und zerstörten einige Möbelstücke. Die FPI hatte einige Zeit zuvor durch entsprechende Proteste die Schließung



der Kirche bewirken können. Die christliche Gemeinde war dadurch gezwungen gewesen, ihre Gottesdienste im Freien abzuhalten. Über Monate hinweg war die Gemeinde auch dabei gestört worden. Kurz vor Weihnachten hatte das Innenministerium der Gemeinde schließlich die Genehmigung erteilt, in der Weihnachtszeit ihre Kirche wieder zu benutzen.

Dezember 2014: In der Stadt Surakarta in Zentral-Java drangen in den Tagen vor Weihnachten Anhänger verschiedener radikaler islamistischer Gruppen in Geschäfte ein, die Weihnachtsartikel verkauften oder Weihnachtsdekoration in ihren Schaufenstern hatten und bedrohten die Angestellten deswegen. Der Präsident von Indonesien wurde von radikalen muslimischen Bewegungen aufgefordert, nicht an Weihnachtsfeierlichkeiten teilzunehmen. Der Bürgermeister der Stadt Aceh erließ eine Verordnung, wonach es Muslimen verboten ist, an Weihnachtsfeierlichkeiten oder Weihnachtsmessen teilzunehmen.

Juli 2015: Positiv äußerte sich der Apostolische Nuntius für Indonesien, Erzbischof Guido Filipazzi, über die Religionsfreiheit in Indonesien. Das muslimische Land mache Fortschritte in diesem Bereich. Jüngste Akte interreligiöser Gewalt seien Einzelfälle. Allgemein herrsche ein Klima der Toleranz. Der neue Staatspräsident Joko Widodo, ein gemäßigter Muslim, habe schon für einige Verbesserungen gesorgt. So habe er ein Gesetz erarbeiten lassen, das kleineren Religionsgemeinschaften, darunter den Christen, mehr Schutz einräumt. Auch habe er dafür gesorgt, dass die Bürger Indonesiens jetzt frei wählen könnten, ob sie ihre Religionszugehörigkeit im Personalausweis angeben oder nicht.

Oktober 2015: In der Stadt Singkil in der Provinz Aceh ordneten die Behörden die Zerstörung von zehn Kirchen an, die als „illegal“ bezeichnet wurden. Angeblich fehlten die Baugenehmigungen. Drei der zehn Kirchen wurden umgehend abgerissen. Zuvor hatten hunderte Mitglieder einer islamischen Jugendbewegung zwei Kirchen in Brand gesteckt. Wie die Nachrichtenagentur Fides berichtete, wurde damit eine Art „Guerillakrieg“ gegen die Christen in Gang gesetzt. Unter den Angreifern soll es zwei Tote gegeben haben, weitere Personen wurden verletzt. Hunderte Familien, fast 7 000 Personen, sollen vor der Gewalt geflüchtet sein.



Kirche in Not

ACN DEUTSCHLAND

Indonesien

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)
Deutsche Welle (DW): www.dw.com
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Radio Vatikan, Newsletter
Union of Catholic Asian News (UCAN)
U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014
U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015
ZENIT (Nachrichtenagentur)